

Bevölkerung. Eine Ausnahme bilden die industriellen Kreise mit besonders starkem Wanderungsgewinn, wie zum Beispiel der Landkreis Böblingen, der mit 21,6 Geburten auf 1000 Einwohner die dritthöchste Geburtenziffer aufwies. Knapp dahinter folgen die Landkreise Leonberg (21,2) und Tettmang (21,0).

Im Verhältnis zwischen *Anstaltsgeburten* und *Hausgeburten* hat sich die Tendenz zur Entbindung in Anstalten mit regelmäßiger ärztlicher Betreuung in den letzten Jahren weiter fortgesetzt. Während 1957 der Anteil der Hausgeburten in Baden-Württemberg noch 40 % betrug, machte er 1967 nur noch 13,5 % aus. Zusammenhängend mit dem Rückgang der Hausgeburten hat sich in den letzten Jahren eine besondere Entwicklung bei der Verteilung der Geburten auf die *Wochentage* feststellen lassen. Der Anteil der Geburten an Sonntagen nimmt ständig ab. Im Jahr 1967 waren an Sonntagen 10 % weniger Lebendgeborene zu verzeichnen als im Durchschnitt der Werkzeuge. Die unterschiedliche Entwicklung bei Anstaltsgeburten und Hausgeburten ist aus der Tabelle auf Seite 155 ersichtlich und das Ergebnis für 1967 im zweiten Schaubild verdeutlicht. Eine biologische Erklärung für den Rückgang der Zahl der Sonntagskinder gibt es nicht. Diese Entwicklung folgte aus dem zunehmenden Bestreben der Entbindungsanstalten, sich an Sonn- und Feiertagen von denjenigen Geburten zu entlasten, die sich in die Arbeitswoche verschieben lassen. Der Erfolg dieser Bestrebungen ist bei den einzelnen Wochenenden unterschiedlich, da er vom Witterungsverlauf abhängt, der die täglichen Schwankungen der Geburtenzahlen mitbestimmt.

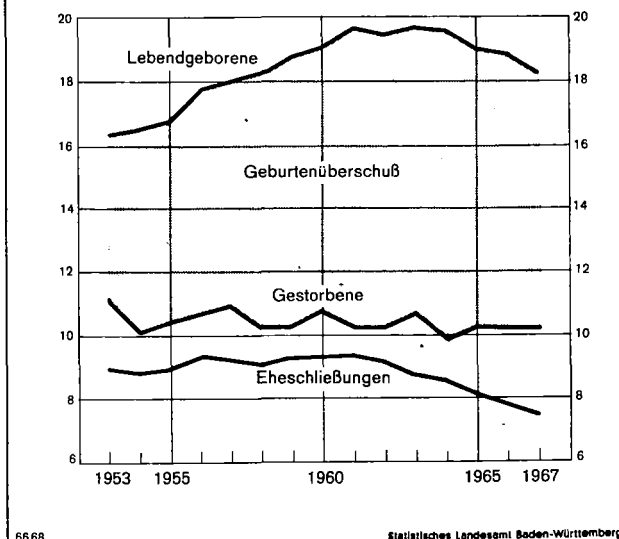
Sterbefälle

Für das Jahr 1967 wurden in Baden-Württemberg 87 276 Gestorbene ermittelt, davon waren 43 933 männlich und 43 343 weiblich. Gegenüber 1966 mit 86 600 Sterbefällen hatte sich die Zahl der Gestorbenen um 0,8 % erhöht. Da diese geringe Zunahme verhältnismäßig der gleichzeitigen Bevölkerungszunahme entsprach, hat sich die Sterblichkeit mit 10,2 Sterbefällen auf 1000 Einwohner nicht verändert.

Durch den tatsächlichen Ablauf der Sterblichkeit in den letzten Jahren entsteht ein falscher Eindruck von dem Trend der Sterbeziffern. Auf den harten Winter 1962/63 mit seiner anschließenden Grippewelle sind nun vier günstige Sterbepjahre gefolgt. Das Jahr 1964 mit der geringsten Sterbeziffer (9,9) seit Kriegsende verdankt diese Stellung den im Grippejahr 1963 vorweggenommenen Sterbefällen. In den letzten Jahren wurden nun Sterbefälle „aufgeschoben“, da der wachsende Anteil der Personen im Rentenalter schon seit Jahren eine Erhöhung der Sterbeziffern bedingt.

Die unterschiedlichen regionalen Sterbeziffern hängen eng zusammen mit der unterschiedlichen Altersstruktur, in der Hauptsache mit dem Anteil der alten Menschen. So entspricht die überdurchschnittliche Sterbeziffer des Regierungsbezirks Nordbaden mit 11,0 dem im Vergleich mit den übrigen Regierungsbezirken ungünstigen Altersaufbau in Nordbaden. Die mit Abstand höchste Sterbeziffer ergab sich wie in früheren Jahren für den Stadtkreis Baden-Baden mit 14,2. Bei der Volkszählung 1961 hatte Baden-Baden ebenfalls mit Abstand den höchsten Anteil der über 65 Jahre alten Personen unter allen Kreisen (14,6 %). Entsprechend liegen die Verhältnisse beim Landkreis Böblingen mit der geringsten Sterbeziffer

Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene
1953 bis 1967 in Baden-Württemberg
auf 1000 Einwohner



(7,8), der nach der letzten Volkszählung den geringsten Anteil an alten Personen aufwies (8,0 %). Tatsächlich bestehen bei diesen Extremfällen etwa gleiche Sterblichkeitsverhältnisse, was sich aus einer kreisweisen Korrelationstabelle zwischen Sterbeziffer 1967 und dem relativen Anteil der Personen der Altersgruppe „65 Jahre und älter“ ergibt. Aus den Streuungen dieser Tabelle lassen sich die folgenden Kreise mit günstigen Sterblichkeitsverhältnissen angeben: der Stadtkreis Freiburg sowie die Landkreise Hochschwarzwald, Stockach, Mergentheim, Tuttlingen und Wangen. Ungünstige Sterblichkeitsverhältnisse wiesen auf: der Stadtkreis Mannheim sowie die Landkreise Mannheim, Bruchsal, Offenburg, Emmendingen, Biberach, Ulm und Münsingen.

Die Zahl der *Säuglingssterbefälle* ging im Jahr 1967 um 279 zurück; diese Abnahme ergab eine Sterberate von 20,7 auf 1000 Lebendgeborene gegen 21,8 im Jahr 1966. Damit hat sich die Sterberate seit 1953 mit 41,4 auf die Hälfte gesenkt.

Geburtenüberschuß

Mit 155 617 Lebendgeborenen und 87 226 Gestorbenen errechnete sich für das Jahr 1967 ein Geburtenüberschuß von 68 391 Personen. 1966 betrug der Geburtenüberschuß 74 202 Personen. Auf 1000 Einwohner bezogen, betrug das natürliche Wachstum der Bevölkerung Baden-Württembergs im Jahr 1967 8,0 gegenüber 8,7 im Vorjahr.

Den höchsten Geburtenüberschuß in den Regierungsbezirken hatte Südwürttemberg mit 9,3 (1966: 9,9); dann folgen Südbaden mit 8,4 (9,4), Nordwürttemberg mit 8,4 (9,1) und Nordbaden mit 5,7 (6,4). Nur für den Stadtkreis Baden-Baden zeigte sich für das Jahr 1967 ein *Sterbefallüberschuß*. Die übrigen Stadtkreise erbrachten Geburtenüberschußziffern von 1,1 bis 6,8.

Dr. Walter Locher

Bruttoverdienste und Arbeitszeiten in Industrie, Handel und Handwerk zu Beginn des Jahres 1968

Der Index der Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (ohne Hoch- und Tiefbau) hat sich von Januar 1967 zu Januar 1968 um 1,8 % erhöht. Nachdem zwischen Juli und Oktober 1967 keine Indexveränderungen eingetreten waren, wurde im letzten Quartal eine Steigerung um + 0,6 % nachgewiesen. Bestimmend hierfür war eine Anzahl neuer Lohn-

tarifverträge mit größeren regionalen Geltungsbereichen wie in der Ziegel- und Zementindustrie, in der papier-, pappe-, zellstoff- und holzstofferzeugenden Industrie sowie in der Glasindustrie. Zwischen Oktober 1967 und Januar 1968 war der Index der bezahlten Wochenstunden für alle Industriearbeiter (ohne Hoch- und Tiefbau) um 1,0 % rückläufig und

lag damit um 1,7 % über dem entsprechenden Vorjahresstand. Bruttostundenverdienste und bezahlte Arbeitszeit veränderten das Niveau der Bruttowochenverdienste in Jahresfrist um + 3,5 %, von Oktober 1967 zu Januar 1968 jedoch um - 0,4 %.

Da bei der Berechnung der Lohnindizes von gleichbleibenden Beschäftigtenzahlen ausgegangen wird, müssen die prozentualen Veränderungen nicht mit denjenigen der effektiven Durchschnittsverdienste übereinstimmen. Der Vorteil der Indizes liegt darin, daß sie die Lohnentwicklung ohne Beeinflussung durch etwaige Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur darstellen. Andererseits liegt hierin auch der Grund, weshalb das Baugewerbe außerhalb der Betrachtung bleiben muß, sofern der Januar als Bezugsmonat heranzuziehen ist. Aus jahreszeitlichen Gründen sinkt hier die Zahl der Beschäftigten auf ein Viertel bis ein Fünftel gegenüber den Sommermonaten ab und die Zahl der bezahlten Stunden und damit auch die Wochenverdienste sind stark reduziert. Die Lohnindizes einschließlich Hoch- und Tiefbau können daher durch die überhöhte Gewichtung der Januar-Ergebnisse für das Baugewerbe zu falschen Schlüssen über die Lohnsituation Anlaß geben.

Verkürzte Arbeitszeiten

Außer im Bergbau, dem in Baden-Württemberg nur geringe Bedeutung zukommt, war innerhalb des letzten Quartals bei allen Wirtschaftsbereichen die Zahl der *bezahlten Stunden* rückläufig, und zwar mit einem maximalen Ausmaß von 7,5 % beim Baugewerbe und 3,6 % bei allen Arbeitern der Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Besondere Beachtung verdienen diejenigen Bereiche, die auch schon zwischen Juli und Oktober verkürzte Arbeitszeiten aufzuweisen hatten. Es sind dies außer dem Baugewerbe die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Auffallend ist, daß in diesen drei Bereichen sowohl die Männer wie auch die Frauen von der Arbeitszeitverkürzung betroffen waren und daß gleichzeitig ein Rückgang der Erfassenzahlen und damit der Beschäftigtenzahlen einherging. So wurden im Januar 1968 von den Nahrungs- und Genußmittelindustrien 9,0 %, von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien 7,7 % und von der Energiewirtschaft und Wasserversorgung 5,3 % weniger Arbeiter gemeldet als im Juli des vorhergehenden Jahres. Im einzelnen betrug die Reduzierung der bezahlten Arbeitszeit während des gesamten Berichtszeitraums bei den Arbeitern der Getränkeherstellung 7,9 Stunden je Woche, der Obst- und Gemüseverarbeitung 6,5 Stunden, der Brauereien und Mälzeien 5,4 Stunden, der Mineralölverarbeitung 3,6 Stunden, der Industrie der Steine und Erden 3,5 Stunden sowie der Elektrizitätserzeugung und -verteilung 2,2 Stunden. Zweifellos schlu-

gen sich bei dieser Entwicklung in erheblichem Maße saisonale Einflüsse vor allem bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien wie auch bei der Industrie der Steine und Erden nieder, die sich unmittelbar auch auf die Elektrizitätserzeugung und -verteilung auswirkten. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß zweifellos auch Rationalisierungserfolge zu diesem Ergebnis beigetragen haben können.

Verfolgt man die Entwicklung der bezahlten Arbeitszeit zwischen Oktober und Januar der letzten vier Jahre an Hand des Index der bezahlten Wochenstunden (ohne Hoch- und Tiefbau), so ergibt sich folgendes Bild:

Veränderungen in % von Oktober zu Januar der Jahre

1964/65	1965/66	1966/67	1967/68
- 0,8	- 1,6	- 5,3	- 1,0

Nach der starken Arbeitszeitverkürzung auf der Talsohle der konjunkturellen Abschwächung in den Wintermonaten 1966/67 ist im gleichen Zeitraum des folgenden Jahres wieder eine Entwicklung eingetreten, die sich gut mit derjenigen der beiden vorangegangenen Jahre vergleichen und sich daher voll mit der saisonalen Komponente erklären läßt.

Stundenverdienste erhöht, aber Einbußen bei den Wochenverdiensten

Gemessen an den durchschnittlichen Effektivverdiensten haben sich die Stundenlöhne in fast allen Bereichen zwischen Juli 1967 und Januar 1968 erhöht. Das Ausmaß der Steigerung betrug bei den *männlichen Arbeitern* im Durchschnitt der Gesamtindustrie wie ein Jahr zuvor, als die konjunkturelle Abschwächung ihren Tiefstand erreicht hatte, 1,4 %. Die sich langsam verbessernde Konjunkturlage hat sich zumindest bis Januar 1968 auf der Lohnseite noch nicht bemerkbar gemacht. Dies wird im Hinblick auf die Wochenverdienste noch deutlicher, die ja unmittelbar als Maß für die dem einzelnen Arbeiter zur Verfügung stehende Kaufkraft zu gelten haben. Hier gab es Einbußen für die Arbeiter derjenigen Bereiche, die auch von der Arbeitszeitverkürzung am meisten betroffen waren; sie beliefen sich bei den männlichen Arbeitern der Nahrungs- und Genußmittelindustrien auf 8,2 %, der Energiewirtschaft und Wasserversorgung auf 3,3 % sowie der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien auf 2,3 %.

Angestelltegehälter schwach steigend

Auch die Aufwärtsentwicklung der Angestelltenverdienste hat sich mit verhältnismäßig niedrigen Veränderungszahlen fortgesetzt, wobei kaum nennenswerte Abstufungen unter den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu verzeichnen waren. In der Industrie betrugen die Erhöhungen innerhalb der gesamten Berichtsperiode zwischen 1,1 % bei den *männlichen technischen Angestellten* und 2,0 % bei den *männlichen kaufmännischen*

Tabelle 1 Durchschnittlich bezahlte Stunden je Woche sowie durchschnittliche Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie nach Wirtschaftsbereichen im Juli 1967, Oktober 1967 und Januar 1968

Wirtschaftsbereich	Bezahlte Stunden je Woche				Bruttostundenverdienst				Bruttowochenverdienst			
	Juli 1967	Okt. 1967	Januar 1968	Veränderung Januar gegen Juli	Juli 1967	Okt. 1967	Januar 1968	Veränderung Januar gegen Juli	Juli 1967	Okt. 1967	Januar 1968	Veränderung Januar gegen Juli
	Std.			%	Pf			%	DM			%
Männliche Arbeiter												
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)	43,5	43,5	42,8	- 1,6	488	488	495	+ 1,4	212	212	212	—
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	45,5	44,4	43,9	- 3,5	540	532	541	+ 0,2	245	236	237	- 3,3
Bergbau	43,9	44,1	45,4	+ 3,4	476	469	491	+ 3,2	209	207	223	+ 6,7
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	45,9	45,4	44,2	- 3,7	476	478	485	+ 1,9	219	217	214	- 2,3
Investitionsgüterindustrien	41,9	42,2	42,2	+ 0,7	507	504	507	—	212	213	214	+ 0,9
Verbrauchsgüterindustrien	43,9	44,3	43,7	- 0,5	467	470	472	+ 1,1	205	208	206	+ 0,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	49,0	46,6	44,5	- 9,2	475	478	480	+ 1,1	233	223	214	- 8,2
Hoch- und Tiefbau	44,6	44,1	40,8	- 8,5	467	469	470	+ 0,6	208	207	192	- 7,7
Weibliche Arbeiter												
Industrie (ohne Baugewerbe)	39,5	40,0	39,6	+ 0,3	353	354	356	+ 0,8	140	141	141	+ 0,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	42,5	42,4	42,2	- 0,7	387	388	398	+ 2,8	165	164	168	+ 1,8
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	41,6	41,3	40,8	- 1,9	362	363	365	+ 0,8	151	150	149	- 1,3
Investitionsgüterindustrien	39,2	39,7	39,6	+ 1,0	369	369	371	+ 0,5	145	146	147	+ 1,4
Verbrauchsgüterindustrien	39,3	39,9	39,5	+ 0,5	344	345	347	+ 0,9	135	138	137	+ 1,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	41,6	41,0	40,4	- 2,9	310	312	313	+ 1,0	129	128	126	- 2,3

Tabelle 2

**Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten nach Wirtschaftsbereichen
im Juli 1967, Oktober 1967 und Januar 1968**

Wirtschaftsbereich	Bruttomonatsverdienst der männlichen Angestellten						Bruttomonatsverdienst der weiblichen Angestellten					
	Juli 1967	Okt. 1967	Januar 1968	Veränderung			Juli 1967	Okt. 1967	Januar 1968	Veränderung		
				Okt. gegen Juli	Januar gegen Okt.	Januar gegen Juli				Okt. gegen Juli	Januar gegen Okt.	Januar gegen Juli
DM			%			DM			%			
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)	1 236	1 246	1 261	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,0	767	770	779	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,6
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	1 183	1 190	1 217	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,9	844	848	862	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,1
Bergbau	1 235	1 260	1 292	+ 2,0	+ 2,5	+ 4,6	754	842	802	+ 11,7	- 4,8	+ 6,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1 242	1 249	1 270	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,3	784	792	804	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,6
Investitionsgüterindustrien	1 248	1 254	1 270	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,8	780	780	788	—	+ 1,0	+ 1,0
Verbrauchsgüterindustrien	1 220	1 240	1 252	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,6	723	725	738	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1 216	1 231	1 234	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,5	764	770	777	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,7
Hoch- und Tiefbau	1 247	1 258	1 273	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,1	762	795	790	+ 4,3	- 0,6	+ 3,7
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 104	1 115	1 146	+ 1,0	+ 2,8	+ 3,8	688	695	710	+ 1,0	+ 2,2	+ 3,2
Großhandel	1 099	1 116	1 147	+ 1,5	+ 2,8	+ 4,4	705	712	726	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0
Einzelhandel	1 044	1 048	1 060	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,5	638	648	661	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,6
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	1 123	1 123	1 171	—	+ 4,3	+ 4,3	777	771	797	- 0,8	+ 3,4	+ 2,6
Versicherungsgewerbe	1 087	1 104	1 108	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,9	759	779	778	+ 2,6	- 0,1	+ 2,5

Angestellten. Im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe verbesserten sich die durchschnittlichen Monatsverdienste des männlichen kaufmännischen Personals um 3,8 % und die des weiblichen um 3,2 %. Hier wurde einem gewissen Nachholbedarf der weiblichen Angestellten im Groß- und Einzelhandel Rechnung getragen.

Verlängerte Arbeitszeiten und höhere Verdienste im Handwerk

Nach einer Phase rückläufiger Arbeitszeiten hat die Zahl der bezahlten Stunden zwischen Mai und November 1967 wieder bei fast allen ausgewählten Handwerkszweigen und Arbeitergruppen zugenommen. Dies zeigte sich vor allem bei den Vollgesellen der Handwerkszweige „Schlosserei“ (+ 2,9 %) und „Elektroinstallation“ (+ 2,2 %). Geringe Verkürzungen der bezahlten Arbeitszeit im Kraftfahrzeug- und im Malerhandwerk waren jahreszeitlich bedingt. Im Durchschnitt aller neun Handwerkszweige bekamen die Vollgesellen je Novemberwoche 45,3 Stunden (+ 0,9 %) und die „Junggesellen“ 44,1 Stunden (+ 0,5 %) bezahlt.

Tabelle 3 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der männlichen technischen Angestellten in der Industrie nach Wirtschaftsbereichen im Juli 1967, Oktober 1967 und Januar 1968

Wirtschaftsbereich	Bruttomonatsverdienst					
	Juli 1967	Okt. 1967	Jan. 1968	Veränderung		
				Okt. gegen Juli	Januar gegen Okt.	Januar gegen Juli
				%		
DM						
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)	1 347	1 353	1 362	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung	1 387	1 387	1 407	—	+ 1,4	+ 1,4
Bergbau	1 372	1 396	1 400	+ 1,7	+ 0,3	+ 2,0
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	1 352	1 356	1 364	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,9
Investitionsgüterindustrien	1 339	1 345	1 354	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1
Verbrauchsgüterindustrien	1 292	1 300	1 309	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,3
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1 303	1 311	1 324	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,6
Hoch- und Tiefbau	1 545	1 557	1 556	+ 0,8	- 0,1	+ 0,7

Die Verbesserungen der Stundenverdienste betrugen im angegebenen Zeitraum maximal 7,4 % bei den „Junggesellen“

des Bäckerhandwerks und 5,7 % bei den Vollgesellen des Herrenschneiderhandwerks. Rückläufig waren nur die Stundenlöhne der „Junggesellen“ im Kraftfahrzeughandwerk und in der Elektroinstallation. Dies hatte aber seinen Grund in der veränderten Zusammensetzung dieser Arbeitergruppe. In beiden Handwerkszweigen wurde im vergangenen Herbst eine größere Anzahl von Lehrlingen nach abgelegter Prüfung als „Junggesellen“ aufgenommen. Nach den bestehenden Tarifverträgen ist der Stundenlohn der Junggesellen nach den Berufsjahren abgestuft. Wechselt ein Teil der seitherigen „Junggesellen“ nach drei Jahren zu den Vollgesellen und wird durch solche im ersten Junggesellenjahr ersetzt, so wirkt sich das mit einem Rückgang der durchschnittlichen Stundenverdienste bei dieser Arbeitergruppe aus. Im Durchschnitt aller Arbeiter erhöhten sich die Stundenlöhne im Handwerk um 1,1 %. Entsprechend dem Verlauf ihrer beiden Komponenten erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Vollgesellen in den neun Handwerkszweigen um 2,7 %, der „Junggesellen“ um 1,2 % und der übrigen Arbeiter um 3,8 %.

Zusammenfassung

Die bezahlten Arbeitszeiten, die als Maß für den Arbeitsanfall gewertet werden können, verkürzten sich in der Industrie zwischen Oktober 1967 und Januar 1968 in einem Ausmaß, das durchaus im Rahmen der jahreszeitlich üblichen Schwankungsbreite liegt. Außerdem ist anzunehmen, daß zu diesem Ergebnis auch Rationalisierungserfolge beigetragen haben. Verhältnismäßig geringe Stundenlohn erhöhungen haben den Arbeitszeitausfall bei den Wochenverdiensten in etwa ausgeglichen, so daß den Industriearbeitern zumindest seit Mitte des Jahres 1967 keine zusätzliche Kaufkraft zugeflossen ist. Im Handwerk ergab der Zeitraum von Mai zu November 1967, dem letzten bisher aufbereiteten Erhebungsmonat, eine gemäßigte Aufwärtsentwicklung der Arbeitszeiten und der Verdienste. Allerdings kommt hier die Abschwächung in den Wintermonaten noch nicht zum Ausdruck. Insgesamt kann man daher das Jahr 1967 als Jahr mit ausgesprochen ruhiger Lohnentwicklung bezeichnen. Dasselbe darf bei weiterhin sich verbessernder Konjunkturlage für 1968 nicht erwartet werden.

Dipl.-Volkswirt Karl Sauter

Umsätze und Beschäftigte im Einzelhandel 1967

Vorbemerkung

Die monatliche Erhebung über die Umsätze im Einzelhandel wurde bereits in einem früheren Beitrag ausführlich beschrieben¹. Sie wird auf Grund des „Gesetzes über die Durchführung

laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten“ (HFV Stat. Ges.) vom 12. 1. 1960 (BGBl. I S. 6) auf repräsentativer Basis durchgeführt.

In der monatlichen Einzelhandelsstatistik wird neben dem Umsatz noch die Zahl der Beschäftigten und der

¹ Vgl. *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg* Heft 1/1967, S. 10 ff.; Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel seit 1962.